

Thomas Scheffler Die Normalisierung der Doppelmoral: Vierzig Jahre deutsch-israelische Beziehungen

Zusammenfassung: Trotz ihres einzigartigen moralischen Pathos sind die deutsch-israelischen Beziehungen deutscherseits v.a. Amerika- bzw. Westpolitik, während Israel die Beziehungen primär aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen pflegt. Sie sind Teil eines Dreiecksverhältnisses, in dem die Dynamik der deutsch-israelischen Beziehungen von der deutsch-amerikanischen und der amerikanisch-israelischen mitbestimmt wird. In der deutschen Innenpolitik waren sie stets Knotenpunkt gegenstrebig moralischer Diskurse: Alibi für mangelnde Faschismusbewältigung; Protestinstanz, um diese einzuklagen. Die Linke schwankt zwischen scharfer Israelkritik und der Furcht, damit die neokonservative »Entkriminalisierung« der deutschen Geschichte zu begünstigen und droht sich damit moralisch zu paralysieren.

Mit der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches übernahm die Bundesrepublik Deutschland 1949 auch eine grauenvolle Hypothek: Millionen von Juden und sowjetischen Kriegsgefangenen, hunderttausende von Zigeunern, Geisteskranken und Behinderten, zehntausende deutscher Oppositioneller waren in der Terrormaschine des NS-Staats zugrunde gegangen. Abermillionen hatten Gesundheit, Familie, Vermögen, Heimat oder Beruf eingebüßt. Insgesamt 50 Millionen Menschen, darunter allein 20 Millionen sowjetischer und 6 Millionen polnischer Bürger waren dem deutschen Krieg zum Opfer gefallen.

Schulden dieser Art lassen sich nicht »abtragen«. Sie existieren als ständige Forderungen: zum Nachdenken über die Ursachen; zum Willen, Ähnliches nicht mehr zuzulassen. Lehrreich ist aber, wie es der Bundesrepublik Deutschland gelang, in einer verblüffenden Reduktion moralischer Komplexität wenigstens die bedrohliche Vielfalt dieser Hypothek erbstrategisch zu beschneiden:

Wo heute in der Bundesrepublik offiziell von »historischer Schuld«, »Wiedergutmachung« und »besonderen Verpflichtungen« gesprochen wird, ist vorwiegend vom Staate Israel und vom jüdischen Volk die Rede. Die Wiedergutmachung an den NS-Opfern hinter dem Eisernen Vorhang fiel weitgehend dem Kalten Krieg und der Verbitterung der deutschen Heimatvertriebenen zum Opfer. In der Bundesrepublik selbst hatten kommunistische NS-Opfer, Zigeuner und Homosexuelle jahrzehntelang – oft vergeblich – um Haftentschädigungen und Renten zu kämpfen.

Die Weichen dafür wurden früh gestellt, doch die Motive waren unterschiedlich. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, der seit 1946 als erster deutscher Nachkriegspolitiker öffentlich auf Wiedergutmachung an den Juden drängte, sprach von ihnen als jenem »Teil der Menschheit«, der von allen NS-Verfolgten »vor allem ... durch die Furchtbarkeit der Schläge, die er empfangt, noch das Symbolhafte des ganzen Leids

auf sich nehmen mußte« (Schumacher 1985: 508). Der Verweis auf die Symbolik des »ganzen« Leids deutete die strategische Absicht an: Schumacher wollte die schreckliche Symbolkraft des Holocaust zum Motor der Rehabilitierung aller NS-Opfer, nicht zuletzt auch des deutschen Widerstands, machen. Das gelang nur in Ansätzen. Im Rückblick scheint die deutsche Wiedergutmachung am jüdischen Volk weniger Vorreiter, denn Ersatz für eine umfassende moralisch-praktische »Bewältigung« der deutschen Vergangenheit geworden zu sein. Politiker, die sich aus durchsichtigen Gründen der Wiedergutmachung an linken Widerstandskämpfern, russischen Kriegsopfern und polnischen Zwangsarbeitern hartnäckig widersetzen, fanden in der Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen einen bequemen Ausweg, ihren Bruch mit dem NS-System international sichtbar zu machen und gleichzeitig die harzigen Probleme der »inneren Wiedergutmachung« zu umgehen. Die moralisch bewegende Kraft des Holocaust wurde hier gegen die politisch-moralische Selbstreinigung der deutschen Gesellschaft gewendet. »Auch die positivste Einstellung zur Wiedergutmachung« schrieb 1985 einer ihrer administrativen Organisatoren, »kommt nicht um die Frage herum, wie ein Gerechtigkeitsempfinden damit fertig werden soll, daß dem einen Komplex (der Wiedergutmachung am jüdischen Volk, TS) 85 Mrd. DM gewidmet werden, während andere Schadensbereiche mehr oder weniger leer ausgehen«, obwohl ihnen »NS-Untaten zugrunde liegen, die an Grausamkeit den am jüdischen Volk begangenen Unmenschlichkeiten nicht nachstehen« (Féaux de la Croix 1985: 190). Die Diskussion um die *Kontinuität* zwischen nationalsozialistischer und bundesrepublikanischer Gesellschaft ist so alt wie die Bundesrepublik selbst. Daß der westdeutsche Teilstaat seine nationalsozialistische Erblast nicht »aufarbeite«, sondern »verdränge«, gehörte gegen Ende der Ära Adenauer schon zum Stehsatz einschlägiger Analysen. Nicht einmal die personellen Konsequenzen aus der NS-Vergangenheit schienen gezogen: Wirtschaft, Justiz, Militär, Verwaltung und Regierung der Bundesrepublik waren bis in die höchsten Ränge von ehemaligen PGs und Funktionsträgern des Dritten Reichs durchsetzt.

Daß umgekehrt der Staat Israel und die jüdischen Weltverbände aus naheliegenden materiellen Interessen diese Entwicklung nicht nur hinnahmen, sondern die dafür verantwortlichen bundesdeutschen Politiker wiederholt deckten, mußte früher oder später auch ihre eigene moralische Basis beschädigen.

Aber inwieweit bedurften die deutsch-israelischen Beziehungen überhaupt eines moralischen Fundaments? Entscheidende Passagen ihrer Geschichte lesen sich eher als eine lehrreiche Variation über das Marxsche Bonmot, daß Ideen sich noch immer blamiert hätten, wo sie gegen Interessen standen. Nicht, daß moralische Erwägungen in den deutsch-israelischen Beziehungen keine Rolle gespielt hätten. Aber der hohe und unbedingte Anspruch, der moralischen Argumenten innewohnt, wurde immer wieder durch den tagespolitischen Gebrauch blamiert, der von ihnen gemacht wurde, während er selbst noch stark genug blieb, seinerseits die Interessen ins Zwielicht zu rücken, die sich seiner bedienten.

Das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel¹

Wie wenig die deutsch-israelischen Beziehungen beiderseits² auf einer wirklichen moralischen »Umkehr« beruhen, zeigt bereits die Geschichte der Luxemburger Wiedergutmachungsverträge von 1952³, die den Grundstein dazu legten.

Am 25. Januar 1984 behauptete Bundeskanzler Kohl vor der Knesseth in Jerusalem, schon in der ersten Regierungserklärung der Bundesrepublik sei der deutsche Wille zur Versöhnung mit dem »israelischen Volk ... besonders erwähnt aus Gründen, die ich hier nicht zu erläutern brauche« (AA 1987: 140). In Wirklichkeit war in Konrad Adenauers Regierungserklärung vom 20. September 1949 vom »israelischen« Volk überhaupt nicht, und vom jüdischen nur in Zusammenhängen die Rede, die Oppositionsführer Schumacher zu beißender Polemik herausforderten: Nachdem Adenauer nämlich das »Unglück« der *Denazifizierung* beklagt und für deren Opfer eine *Amnestie* in Aussicht gestellt hatte, wandte er sich gegen Berichte »in der ausländischen Presse«, die die rechtsradikale Gefahr in Deutschland »weit übertrieben« darstellten. Erst »in diesem Zusammenhang« mochte Adenauer auch »ein Wort zu hier und da anscheinend hervorgetretenen *antisemitischen Bestrebungen*« sagen: Die Bundesregierung verurteile solche Bestrebungen »auf das schärfste« und halte es »für unwürdig und für an sich unglaublich, daß nach all dem, was sich in nationalsozialistischer Zeit begeben hat, in Deutschland noch Leute sein sollten, die Juden deswegen verfolgen oder verachten, weil sie Juden sind« (Adenauer 1949: 27).

Unstrittig ist, daß mehrere maßgebende bundesdeutsche Politiker, wie Adenauer, Kurt Schumacher oder Theodor Heuß, aus moralischen wie persönlichen Gründen einer deutschen Wiedergutmachung an den Juden grundsätzlich positiv gegenüberstanden. Ebenso unstrittig ist aber, daß sie ihrem moralischen Anliegen zunächst kaum größere Priorität einräumten. Von ihren Wählern wurden sie in dieser Frage jedenfalls nicht unter Handlungsdruck gesetzt:

Der Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung hatte in den ersten Nachkriegsjahren zeitweise noch zugenommen. Allensbach-Umfragen ermittelten zwischen August 1949 und Dezember 1952 eine Zunahme »antisemitischer Äußerungen« von 23 % auf 34 % und einen Rückgang »toleranter Äußerungen« von 41 % auf 23 % (JÖM 1956: 128). Zwar sprachen sich Ende 1951 in einer Umfrage des amerikanischen Hochkommissars für Deutschland 68 % der Befragten für die Entschädigung von Kriegs- und NS-Opfern aus, doch billigten nur 2 % den Juden dabei das größte Anrecht zu. An erster Stelle wurden vielmehr die Kriegerwitwen und -waisen genannt, an zweiter die Bombengeschädigten, an dritter die Vertriebenen, an vierter die Widerstandskämpfer des 20. Juni 1944 und erst an fünfter Stelle die Juden (Grossmann 1967: 35). Eine Allensbach-Umfrage zur Akzeptanz des Wiedergutmachungsabkommens ergab im August 1952 nur 11 % uneingeschränkter Zustimmung, aber 44 % Ablehnung, während 21 % der Befragten jedenfalls die vereinbarte Summe für zu groß hielten (JÖM 1956: 130). Auf die Negativfrage hingegen, mit welchen Staaten die Bundesrepublik möglichst wenig zusammenarbeiten sollte, tauchte Israel 1953 mit 37 % zustimmender

Antworten schon an dritter Stelle, hinter den Feindstaaten UdSSR und Polen, auf (JÖM 1956: 331).

Selbst innerhalb der Bundesregierung waren die Verträge bis zu ihrer Unterzeichnung im September 1952 auf erbitterten Widerstand gestoßen, vor allem wegen der Höhe der vereinbarten »Globalentschädigung« für Israel (von Jena 1986: 466 ff.). Danach weitete sich der Widerstand in die Öffentlichkeit aus. Teils aus Furcht um die deutschen Absatzmärkte im arabisch-islamischen Raum, teils auch aus Besorgnis, bei den Bundestagswahlen im September 1953 rechtskonservative Wählerstimmen zu verlieren, versuchten sowohl die bundesdeutsche Industrie als auch ihr nahestehende Kreise der vier Regierungsparteien monatelang, wenigstens die Ratifizierung zu blockieren.

Die Abstimmung im Deutschen Bundestag am 18. März 1953 offenbarte dann, daß das Abkommen in der Regierungskoalition tatsächlich keine Mehrheit besaß. Nur 106 (49 %) der 215 stimmberechtigten Abgeordneten der Regierungsparteien (CDU/CSU: 57 %, FDP: 34 %, DP: 25 %) votierten für die Verträge. Der Rest stimmte dagegen, enthielt sich oder blieb der Abstimmung fern. Hätte nicht die SPD in diesem besonderen Fall ihre damalige »Fundamentalopposition« vorübergehend aufgegeben und geschlossen für die Verträge gestimmt, wäre das Wiedergutmachungsabkommen gescheitert.

Der bemerkenswerte Altruismus, mit dem die SPD Adenauer damals vor der Niederlage bewahrte, hatte allerdings nicht nur moralische, sondern auch handfeste *westpolitische* Gründe, nicht zuletzt den, der Sozialdemokratie Sympathien im amerikanischen Judentum zu gewinnen: Je mehr es den deutschen Konservativen nach dem Krieg gelungen war, die SPD vom Zugang zur US-Administration abzuschneiden, desto mehr war die Partei auf Kontakte zu Kreisen der amerikanischen Öffentlichkeit angewiesen, die (1) der Entwicklung in Deutschland besonders interessiert gegenüberstanden und (2) einflußreich genug waren, die amerikanische Politik wirksam zu beeinflussen. Das traf vor allem auf das amerikanische Judentum zu.

Entscheidend waren hier die Kontakte der SPD zum *Jewish Labor Committee* (JLC), einer Dachorganisation jüdischer Arbeiterverbände in den USA, das aufgrund seiner Beziehungen zur *American Federation of Labor* (AFL) 1947 eine mehrwöchige Reise Schumachers in die Vereinigten Staaten vermittelt hatte. Bis in die 50er Jahre hinein war der Zugang zur AFL für die SPD einer der wenigen Hebel, um die Politik der US-Administration in Deutschland beeinflussen zu können, nicht zuletzt, um einschneidende Demontagen der westdeutschen Industrie zu verhindern. Das Engagement der SPD für die Wiedergutmachung gewann in diesem Kontext nicht nur eine moralische, sondern auch eine »bündnispolitische« Dimension: Die AFL war für ihre pro-israelische Einstellung bekannt, und der Vorsitzende des JLC, Adolph Held, war gleichzeitig Vizepräsident der »Conference on Jewish Material Claims against Germany«, die offizieller Vertragspartner der Wiedergutmachungsverträge war und mittels ihrer Unterorganisationen die Verhandlungen 1952 lobbyistisch begleitet hatte. Was bewog Adenauer aber damals, die Hilfe seines wichtigsten Gegners offen zu akzeptieren, um die Verträge notfalls gegen den Widerstand seiner eigenen Koalitions-

mehrheit durchzusetzen? Seine damalige Argumentation im Kabinett (von Jena 1986: 477) wie vor der eigenen Partei zeigte, daß er dabei keineswegs allein von moralischen Erwägungen bewegt wurde: Ein Scheitern der Verträge, beschwor er am 6. September 1952 den Parteiausschuß der CDU, »würde nicht nur eine politische Katastrophe sein, es würde auch unser ganzes Bestreben, wieder ausländische Kredite zu bekommen, in sehr starkem Maße beeinträchtigen. Seien wir uns darüber klar, daß die Macht des Judentums auf wirtschaftlichem Gebiet nach wie vor außerordentlich stark ist« (Adenauer 1975: 267). Man dürfe »auch nicht verkennen«, hatte er schon tags zuvor erklärt, »daß, wenn das Verhältnis zu Israel in Ordnung gekommen sei, dies große politische Auswirkungen haben werde, vor allem in Amerika und insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet« (Adenauer 1986: 141).

Wohl in der Absicht, Adenauers moralische Dignität nachträglich zu erhöhen, hat der deutsch-israelische Historiker Michael Wolffsohn (Bundeswehrhochschule München) allerdings kürzlich gegen die »Legende« protestiert, Adenauer habe das Wiedergutmachungsabkommen abgeschlossen, »um in den USA gutes Wetter zu machen« (Wolffsohn 1988: 85). Die Wiedergutmachung, so Wolffsohn, sei »freiwillig und ohne amerikanischen Druck« zustande gekommen, da Adenauer Wiederbewaffnung und Deutschlandvertrag damals theoretisch auch ohne Wiedergutmachung hätte erlangen können (ebd.: 21 ff.).

Der (zutreffende) Verweis, daß den USA die Wiederbewaffnung wichtiger gewesen sei als die Wiedergutmachung (ebd.: 23), vermag allerdings wenig über die Motive Adenauers auszusagen, der mehrfach von amerikanischen Stellen auf die Verhandlungen angesprochen worden war (Brecher 1974: 78; Féaux de la Croix 1985: 152 f., 163). Es war nur allzu gut bekannt, daß die amerikanische Regierung kein homogener Block war. Gerade, wenn es um jüdisch-israelische Belange ging, hatte sich der damalige Präsident Truman schon mehrfach, oft in letzter Minute, über den erklärten Willen seiner Außen- und Verteidigungsministerien hinweggesetzt (Spiegel 1985: 22 ff., 27 ff., 36 ff., 42 ff.). Zum kritischen Zeitpunkt der deutsch-israelischen Verhandlungen (Mai 1952) befanden sich die amerikanischen Parteien zudem mitten im Wahlkampf für die kommenden Präsidentschafts- und Kongreßwahlen (November 1952) und waren vermehrt um die Gunst jüdischer Sponsoren und Wähler bemüht. Adenauer selbst hatte im Vorfeld der deutschen Bundestagswahlen (September 1953) für Frühjahr 1953 eine publizitätswirksame USA-Reise geplant, deren Medieneffekt bei widrigen Aktivitäten der jüdischen Lobby empfindlich hätte beeinträchtigt werden können. Und schließlich ging es Adenauer auch nicht um die deutsche Wiederbewaffnung an sich, sondern um die möglichst irreversible Einbettung des westdeutschen Teilstaats in das westliche Bündnis. Dies erforderte eine psychologisch langfristig angelegte Präparierung des internationalen Verhandlungsklimas, in dem die Bundesrepublik künftig zu operieren hatte. »Es ist nicht so, auch wenn wir es uns einbilden, daß wir etwa als gleichberechtigt mit allen anderen Völkern angesehen werden«, erläuterte er im März 1953 vor Journalisten die Bedeutung des Wiedergutmachungsabkommens: »Deutschland wird noch schwer zu kämpfen darum haben, um von den anderen wirklich innerlich als gleichberechtigt, nicht etwa juristisch,

anerkannt zu werden. Und ohne eine solche Anerkennung, die innerliche Anerkennung und die moralische Gleichberechtigung, kann man auf die Dauer auch keine gute Außenpolitik machen ... und gerade deswegen ist der Israel-Vertrag so bedeutungsvoll für uns« (Adenauer 1985: 434).

Primat der Deutschlandpolitik

Wie gering die praktische Reichweite moralischer Grundsatzergwägungen im Verhältnis zu Israel bei Adenauer war, zeigte sich in den folgenden Jahren schon daran, daß die Bundesregierung sich weigerte, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, um die arabischen Staaten nicht ihrerseits zu einer Anerkennung der DDR zu provozieren.

Auf dem Spiel standen dabei weniger die arabischen Absatzmärkte der westdeutschen Wirtschaft, als vielmehr die hegemonialen Grundlagen der christdemokratischen »Kanzlerdemokratie«: Das Regierungslager der Adenauer-Ära, *innenpolitisch* vielfältig zerspalten, wurde durch einen *außenpolitischen* Konsens zusammengehalten, der einerseits die singuläre Machtstellung des Kanzlers schützte und von diesem andererseits als innenpolitische Waffe gegen die SPD gebraucht wurde. Dieser Konsens verknüpfte zwei gegenstrebige Elemente – die »Westbindung« der Bundesrepublik und den Willen zur gesamtdeutschen »Wiedervereinigung« – durch ein drittes Element, die »Politik der Stärke«: Eine Stärkung des westlichen Bündnisses sollte es ermöglichen, dem Ostblock die Bedingungen der Wiedervereinigung zu diktieren. Die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten wirksam zu verhindern, war die Nagelprobe für den Realitätsgehalt dieser politischen Formel, den der Kanzler nicht einmal zugunsten Israels gefährden mochte.

Die Behauptung, daß Adenauer sich 1956/57 aus moralischen Grundsatzergwägungen heraus entschieden habe, amerikanischem Druck zu trotzen und die deutschen Wiedergutmachungszahlungen an Israel während der Suezkrise *nicht* einzufrieren (Wolffsohn 1988: 31, 110, 114 ff.), unterschätzt wichtige Änderungen in der außenpolitischen Lagebeurteilung des Kanzlers: Adenauer mißbilligte schon aus deutschlandpolitischen Gründen den Entspannungskurs der damaligen amerikanischen Regierung und stand in der Suezkrise auf seiten der Angreifer: Frankreichs, Großbritanniens und Israels (Baring 1974: 200 ff.).

Ähnliches gilt auch für die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel, die 1957 in größerem Maßstab begann. Die Vermutung, hier sei ein vergangenheitsbewußter Kanzler bemüht gewesen, die forsche »Arabienpolitik« seines Auswärtigen Amtes wenigstens heimlich wiedergutzumachen (Wolffsohn 1988: 30), übersieht, daß Adenauer in der Förderung einer harten antisowjetischen Politik im Nahen Osten eine wichtige globalstrategische Garantie seiner Deutschlandpolitik erblickte:

Der von ihm befürchteten amerikanisch-sowjetischen Verständigung suchten er und sein 1956 ernannter Verteidigungsminister Strauß durch eine beschleunigte wirt-

schaftliche und militärische Annäherung an Frankreich zu begegnen, die langfristig auf die Schaffung einer von den USA unabhängigen Atomstreitkraft im europäischen Rahmen hinauslaufen sollte. Die enge Sicherheitspartnerschaft zwischen *Frankreich und Israel* (Crosbie 1974), die sich seit Mitte der 50er Jahre vor dem Hintergrund des *Algerienkriegs* herausgebildet hatte, war für Adenauer ein strategischer Vorteil. Denn die massive sowjetische Rückendeckung für Nassers Ägypten und für die Algerische Befreiungsfront FLN stützte nicht nur seine Behauptung, »daß die Russen ihren Druck von Europa auf den Vorderen Orient verlagert« hätten (Adenauer 1967: 228), sie machte Frankreich und Israel gleichzeitig auch zu Bündnispartnern seiner anti-sowjetischen Deutschland- und Europakonzeption. Nicht zufällig wurden wichtige Rüstungsgüter, wie der Düsentrainer Fouga-Magister oder der Truppentransporter Noratlas, über deren Lieferung an Israel sich Franz-Josef Strauß und der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Shimon Peres seit 1957 verständigten, in deutsch-französischer Koproduktion gebaut.

Israel und die Linke

Träger moralisch-politischer Sympathien für Israel im politischen Spektrum der Bundesrepublik war in den 50er und frühen 60er Jahren vor allem die nichtkommunistische Linke. Während die kommunistische Linke mit der raschen Verschlechterung der sowjetisch-israelischen Beziehungen ab Ende 1948 zunehmend auf Distanz zu Israel ging, hatte die SPD schon frühzeitig die jüdischen Organisationen im In- und Ausland als natürliche Verbündete im Kampf gegen restaurative Nachkriegstendenzen umworben und als erste deutsche Partei im Januar 1951 ausdrücklich verlangt, Israel als *Repräsentanten erbenloser jüdischer Vermögen* in die deutsche Wiedergutmachungsgesetzgebung einzubeziehen.

Daß mit einer solchen Forderung auch ein amerikanisches Auditorium angesprochen wurde, sollte nicht vergessen lassen, daß die hauptsächlichen Beweggründe des Israel-Engagements auf linker Seite damals innenpolitischer und moralischer Art waren: Zahlreiche deutsche Sozialisten hatten mit jüdischen Leidensgenossen das KZ geteilt, waren ebenso wie sie im Exil diskriminiert worden, hatten jüdische Freunde verloren oder waren selbst jüdischer Abkunft. Auch wo sie dem Zionismus und der konkreten Politik Israels gegenüber Vorbehalte hatten, stand politisch für sie der symbolische Wert Israels im Vordergrund, staatlicher Repräsentant des jüdischen Volkes zu sein, der als solcher schon durch seine bloße Existenz die komprimierte Anklage gegen alle Kontinuitätsspuren des Dritten Reichs in Deutschland verkörperte.

Gerade als »fremder Staat« war Israel damit zu einer moralischen Instanz der bundesdeutschen Innenpolitik geworden und wurde es um so mehr, wie diese es an eigener moralischer Orientierung fehlen ließ. Es lag nahe, daraus eine innenpolitische Waffe zu machen: Die Einbeziehung Israels in die innerdeutsche Wiedergutmachungs-Gesetzgebung hätte deren Ausbau in den Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit gerückt und es konservativen Politikern und gleichgültigen Bürokraten damit u.a.

erheblich erschwert, die Wiedergutmachung an deutschen NS-Opfern weiter zu verzögern.

Die später viel zitierte Begeisterung für den israelischen Kibbuz-Sozialismus war zu diesem Zeitpunkt ein eher nachgeordnetes Sympathie-Motiv, zumal die Reisemöglichkeiten nach Israel für Deutsche lange beschränkt blieben: Der erste offizielle Besuch eines hochrangigen deutschen Politikers, des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, fand erst 1957 statt, die erste Delegationsfahrt der Jungsozialisten 1959, der erste Israelaufenthalt der »Aktion Sühnezeichen« 1961, die erste Delegationsreise des Bundesverbands der »Deutsch-Israelischen Studiengruppe« 1962. Auch die institutionellen Grundlagen eines deutsch-israelischen Jugendaustauschs im Rahmen des Bundesjugendrings entstanden erst seit 1961.

Es war kein Zufall, daß gerade jene Organisationen, die sich – wie der SDS oder die Falken – in ihrer praktischen Arbeit am aktivsten gegen antisemitische und rechtsradikale Tendenzen in der Bundesrepublik engagiert hatten, gleichzeitig auch zu den ersten gehörten, die im September 1951 die Kampagne des Hamburger Senatssprechers Erich Lüth »Wir bitten Israel um Frieden!« aufgriffen.

Insbesondere der SDS, der sich an den bundesdeutschen Universitäten einer massiven Phalanx studentischer Burschenschaften gegenüber sah, die teilweise bruchlos an ihre antisemitischen Traditionsbestände anknüpften, empfahl seinen Hochschulgruppen im Wintersemester 1951/52, die Kampagne »Frieden mit Israel« neben dem Kampf gegen die farben- und waffentragenden Verbindungen zum Schwerpunkt der politischen Arbeit zu machen. Funktionäre des SDS riefen mehrfach im Sinne Lüths zu einer »Ölbaumspende« für Israel aus, und 1953 initiierte der SDS eine Sammelaktion zur Unterstützung notleidender Studenten an den Hochschulen Israels.

Bezeichnenderweise wuchs der symbolische Wert des Israel-Engagements jedoch in dem Maße, wie sich der deutschen Linken die Möglichkeiten zur aktiven Veränderung der eigenen Gesellschaft zu verschließen schienen: Die absolute Mehrheit der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1957, das Scheitern der Atomtod-Bewegung 1958, die Godesberger Wende der SPD 1959 und der zunehmende Immobilismus des CDU-Staates, der seinen greisen Kanzler nicht abzulösen vermochte, schufen eine Situation, in der vor allem kirchlich und akademisch engagierte Oppositionskreise kaum andere Handlungsmöglichkeiten für sich sahen als die der moralischen und historischen Gesellschaftskritik in pädagogisch-psychologischer Absicht.

In diesem Klima entstanden Ende der 50er Jahre auch zwei Gruppierungen, die das Thema der deutsch-israelischen Versöhnung in je spezifischer Weise mit einer geschärften Sensibilität für Defizite der deutschen Gesellschaft verknüpften: Die »Deutsch-Israelischen Studiengruppen« (DIS), die sich seit 1957, ausgehend von der Freien Universität Berlin, an zahlreichen Hochschulen der Bundesrepublik bildeten, und die »Aktion Sühnezeichen«, die aus einem Aufruf auf der Spandauer Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland 1958 für eine »Aktion Versöhnungszeichen« hervorging.

Vor allem für die DIS, in denen viele Mitglieder des SDS mitarbeiteten, war die Beschäftigung mit Israel eng mit innenpolitischen Zielen verbunden: »aus der Konfron-

tation mit Israel und seinen Bürgern sollte der moralische Impuls zur kompromißlosen Entscheidung für Demokratie und Humanismus in Deutschland und zur konsequenten Aufarbeitung der deutschen geschichtlichen Schuld erwachsen« (Müller 1966: 7). Die Welle antisemitischer und nazistischer Schmierereien in zahlreichen Städten der Bundesrepublik im Winter 1959/60; die Erinnerungen, die der Jerusalemer Eichmann-Prozeß 1961-62 auslöste; zahlreiche Skandale um die NS-Vergangenheit von Mitgliedern der Bundesregierung (Globke, Oberländer, Vialon, Hopf u.a.) sowie nicht zuletzt die peinliche Debatte über die Verjährbarkeit von NS-Verbrechen 1960-65 schienen die Notwendigkeit einer solchen pädagogisch-politischen Orientierung zu bestätigen.

Daß die Bundesregierung, die von vielen für diese Entwicklung verantwortlich gemacht wurde, sich weigerte, Israel diplomatisch anzuerkennen, um ihre aggressive Deutschlandpolitik fortführen zu können, wurde in diesem Zusammenhang zunehmend als symptomatischer Skandal wahrgenommen und machte die Forderung nach Aufnahme voller diplomatischer Beziehung mit Israel seit Anfang der 60er Jahre zum Anliegen eines breiten Spektrums politischer Initiativen, das von Kampagnen der DIS über Appelle und Einzelvorstöße von Hochschullehrern, Kirchenvertretern, Bundestagsabgeordneten, bis hin zu Parteitagbeschlüssen der SPD und Unterschriftensammlungen des DGB reichte.

Diplomatische Beziehungen zu Israel

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, so, wie sie dann 1965 schließlich erfolgte, entsprach allerdings eher dem Realniveau der deutsch-israelischen Beziehungen, als den hohen Maßstäben jener, die seit Jahren für die Anerkennung Israels gekämpft hatten: Sie war nicht die Frucht einer moralischen Grundsatzentscheidung, sondern die Lösungsformel eines *Skandals*.

Gezielte Presseindiskretionen, möglicherweise aus dem Umkreis der Kölner Israel-Mission (Seelbach 1970; 109), hatten Ende Oktober 1964 zunächst in der *Frankfurter Rundschau*, dann in der *New York Times* die geheimen Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel öffentlichkeitswirksam enthüllt und es der ägyptischen Regierung, der diese Lieferungen an sich längst bekannt waren, damit unmöglich gemacht, sie wie bisher schweigend zu tolerieren. Als Ägyptens Präsident Nasser draufhin im Januar 1965 bekannt geben ließ, er habe den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, zu einem Besuch nach Kairo eingeladen und sich trotz des Bonner Versprechens, die Waffenlieferungen einzustellen, nicht bereit zeigte, die Einladung wieder rückgängig zu machen, ließ Bundeskanzler Erhard am 7. März 1965 überraschend verkünden, die Bundesregierung werde Ägypten keine Entwicklungshilfe mehr gewähren und strebe nunmehr die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel an.

Die arabischen Staaten konnten kaum umhin, in diesem Schritt weniger eine verspätete moralische Gewissensentscheidung, als vielmehr einen politischen Racheakt zu

erblicken. Nachdem die Bundesrepublik am 12. Mai 1965 die diplomatischen Beziehungen mit Israel aufgenommen hatten, brachen zehn (von damals 13) arabischen Staaten ihrerseits die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab.

So unwürdig die Vorgänge gewesen sein mochten, die zur Anerkennung Israels geführt hatten, so *beendeten* sie doch die heroische Phase linksoppositionellen Israel-Engagements, indem sie deren formale Hauptforderung erfüllten. Daß die völkerrechtliche »Normalisierung« des deutsch-israelischen Verhältnisses Israel zunächst mindestens formal zu einem »Staat wie jeder andere« werden ließ, mußte sich früher oder später auch auf den moralischen Ausnahme-Status auswirken, den dieser Staat bis dahin für die deutsche Linke gehabt hatte.

Schon zuvor hatte es einige Enttäuschungen im Verhältnis zu Israel gegeben: Daß Israel sich 1960 weigerte, seinen geheimen Atomreaktor im Negev internationalen Inspektionen zugänglich zu machen, mußte diejenigen befremden, die in den Atomplänen Adenauers und Strauß' eine moralische Provokation erblickt hatten. Daß Strauß, der noch 1953 den Wiedergutmachungsverträgen seine Zustimmung versagt und wegen seines Verhaltens in der SPIEGEL-Affäre 1962 sein Ministeramt verloren hatte, schon 1963 einen triumphalen Israel-Besuch durchführen durfte, wurde in den DIS verärgert als »Mißgriff« kritisiert: »schädlich für Israels Außenpolitik, schädlich für die deutsch-israelischen Beziehungen, schädlich für die deutsche Innenpolitik« (DISKussion, Nr. 1/2, 1963, 2).

Ebenso befremdend – wenn auch pragmatisch verständlich – waren für viele Kritiker des CDU-Staates die offenen Sympathien, die maßgebliche Vertreter Israels und der jüdischen Weltverbände – vom israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion, über den inoffiziellen Botschafter Israels in der Bundesrepublik, Felix Shinnar, bis hin zum Präsidenten der Jewish Claims Conference, Nahum Goldmann – für die Regierung Adenauer zur Schau trugen. Insbesondere die Bereitschaft, sich schützend vor deren NS-belastete Ministerialen zu stellen, erregte Anstoß. Es gehe nicht darum, empörte sich etwa Rudolf Augstein 1965 im Gespräch mit Karl Jaspers, »daß Nahum Goldmann und der jüdische Staat Globke allenthalben schützen, eben weil er Wiedergutmachungsleistungen materieller Art mitbewirkt hat. Damit begibt man sich des Postaments, von dem aus man moralische Forderungen stellen kann« (Jaspers 1988: 23).

Der Juni-Krieg 1967

Der schnelle Umschlag zu offener Israel-Kritik freilich wurde durch drei zusätzliche Momente erheblich beschleunigt: durch die Entstehung der Studentenbewegung, den israelisch-arabischen »Sechs-Tage-Krieg« 1967, und den Aufstieg der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) seit 1968.

In einem universitären Umfeld, das von der moralischen Kritik am Vietnamkrieg zunehmend zu antiimperialistischen Gesellschafts- und Revolutionstheorien gelangte, mußte die amerikanische Rückendeckung für Israel Skepsis erregen. »Im Welt-

maßstab gesehen«, hatte Wolfgang Abendroth schon kurz vor Beginn des Junikriegs in einem Offenen Brief geschrieben, sei »leider eine Situation entstanden, in der die Gesamtinteressen der kolonialen Revolution, der sozialistischen Länder und auch des revolutionären Flügels der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staaten stärker mit den arabischen Staaten als mit den Interessen Israels übereinstimmen« (Simonsohn 1967: 9). Israels Kriegführung, sein schneller Sieg und seine unerwartet selbstbewußte Annexionspolitik untergruben dann rasch den sympathiewerbenden Mythos, es repräsentiere die unschuldige schwächere Seite im Nahostkonflikt.

Daß auch die wichtigsten innenpolitischen Gegner der Außerparlamentarischen Opposition – voran die Springer-Presse – vollzählig auf der Seite Israels standen, veranlaßte viele linke Sympathisanten Israels zu differenzierteren Überlegungen: »Nicht die Erkenntnis der Menschlichkeit der Juden, sondern die Härte ihrer Kriegführung, nicht die Anerkennung ihrer Rechte als Mitbürger, sondern die Anwendung von Napalm, nicht die Einsicht in die eigenen Verbrechen, sondern der israelische Blitzkrieg, die Solidarisierung mit der Brutalität, der Vertreibung, der Eroberung« sei es – so Ulrike Meinhof im Juli 1967 – gewesen, die jetzt in der Bundesrepublik zu »fragwürdiger Versöhnung« mit Israel geführt hätten (Meinhof 1967: 3). Die »Bewahrung eines kritischen Elements im Verhältnis zu Israel«, wurde 1968 im Organ der »Deutsch-Israelischen Studiengruppen« gefordert, sei um so notwendiger, als »Teile des Establishments der Bundesrepublik« versuchten, »mit Hilfe der Konstruktion von Parallelen zwischen der Lage im Nahen Osten und der Lage in Mitteleuropa ihre eigenen nationalistischen und militaristischen Wunschvorstellungen zu legitimieren« (Wever 1968: 2).

Entscheidender noch aber war, daß – parallel zur Diskreditierung Israels – im Nahen Osten mit der palästinensischen Befreiungsbewegung auch eine neue Projektionsfläche linker Sympathien entstand. Dem Selbstverständnis der Neuen Linken, die die palästinensischen Fedayin häufig für das nahöstliche Pendant der revolutionären, marxistisch inspirierten Guerilla Südostasiens und Lateinamerikas hielten, kam die neue Bewegung schon aufgrund ihres nicht-etatistischen Charakters jedenfalls mehr entgegen als die Militärdiktaturen der »progressiven« arabischen Staaten. Insbesondere der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP), die sich im Sommer 1968 eine marxistisch-leninistisch gefärbte Orientierung gegeben hatte, gelang es in der Folgezeit, mit weiten Teilen der bundesdeutschen Neuen Linken eine gemeinsame Sprache, und in zahlreichen K-Gruppen aktive Sympathisanten zu finden.

Israel und die USA

Die vor allem in Publikationen dieser Gruppen damals gängige Denunziation Israels als »Werkzeug des US-Imperialismus« wurde allerdings der historischen und funktionalen Vielschichtigkeit der amerikanisch-israelischen Beziehungen kaum gerecht.⁴ Richtig aber war, daß diese Beziehungen *nach* dem Junikrieg 1967 wesentlich enger und verbindlicher wurden.

Die geringe strategische Priorität, die der Nahe Osten für die USA noch in den 40er und frühen 50er Jahren besaß, hatte zur Folge, daß vor allem US-Präsident Truman sich bei seinen pro-israelischen Entscheidungen maßgeblich vom *innenpolitischen* Druck der amerikanischen »jüdischen Lobby«⁵ sowie von eigenen moralischen Erwägungen leiten lassen konnte (Snetsinger 1974: 34 ff., 78 ff.; Spiegel 1985: 16-49). Administrationen, die weniger von jüdischen Wählern abhängig waren, verhielten sich daher auch Israel gegenüber weniger rücksichtsvoll und vermochten z.B. – wie die republikanische Regierung Eisenhower während der Suezkrise – Israel binnen weniger Monate zur Herausgabe des 1956 eroberten Sinai zu zwingen.

Der israelische Blitzkrieg 1967 änderte diese Koordinaten fundamental: Die demütigende Niederlage der arabischen Staaten trieb diese in eine zunehmende Abhängigkeit von der *Sowjetunion* und destabilisierte sie innenpolitisch auf Jahre hinaus. Sie erhöhte damit umgekehrt die strategische Priorität der Region für die USA und machte Israel dort auf lange Sicht zu ihrem einzigen, außenpolitisch verlässlichen und innenpolitisch stabilen Bündnispartner. Israel wurde zunehmend ein zentraler Bestandteil der amerikanischen Globalstrategie, und es war gerade die republikanische Regierung Nixon, die sich jüdischen Wählern gegenüber kaum verpflichtet fühlte, die seit 1970 zu einer Politik der »strategischen Zusammenarbeit« mit Israel übergang (Neff 1987), die von den folgenden Administrationen Schritt für Schritt ausgebaut wurde.

Öl statt Moral?

Die gleichzeitige Entwicklung der *deutsch-israelischen* Beziehungen war komplizierter gelagert. Aus bundesrepublikanischer Sicht waren sie stets Teil eines *Dreiecksverhältnisses*, in dem die deutsch-israelischen Beziehungen von der Dynamik der deutsch-amerikanischen und der amerikanisch-israelischen mitbestimmt wurden. Keine der drei Beziehungen gehorcht notwendig den gleichen Bewegungsgesetzen und zeitlichen Rythmen. Gegensinnige Entwicklungen sind möglich:

Bezeichnenderweise war die Ära der sozialliberalen Koalition (1969-1982) durch eine nahezu synchrone Abkühlung der deutsch-israelischen *und* der deutsch-amerikanischen Beziehungen geprägt. Die von israelischer Seite seit 1973 häufig vorgebrachte Vermutung, dies liege daran, daß die Bundesrepublik sich damals für »*Öl statt Moral*« entschieden habe, übersieht, daß sich bereits *vor* der Ölkrise 1973 entscheidende innenpolitische Koordinaten der Bundesrepublik geändert hatten:

(1) Der Anspruch der ersten sozialliberalen Regierung, »mehr Demokratie wagen« und Teile der außerparlamentarischen Opposition integrieren zu wollen, deutete auch ein gewandeltes Verhältnis zur deutschen Vergangenheit an. Schon biographisch verkörperte der neue Bundeskanzler Brandt mehr glaubwürdigen Antifaschismus als sein Vorgänger Kiesinger. Daß sich damit auch die moralischen Komponenten des deutsch-israelischen Verhältnisses zu verschieben begannen, wurde damals zwar kaum registriert. Doch bereits 1971 wurde Außenminister Scheel mit der (privaten)

Bemerkung zitiert, die Israelis müßten nunmehr »lernen, daß in dieser Regierung keine alten Nazis sitzen und damit auch keine Objekte für Erpressungsversuche« (SPIEGEL, 31.5. 1971, 30).

(2) Eine der wichtigsten sozialliberalen Verknüpfungen von Vergangenheitsbewältigung und außenpolitischem Strukturwandel lag in der *Neuen Ostpolitik* der Regierung Brandt/Scheel. Auch sie ließ sich, wie Willy Brandts Warschauer Kniefall am 7.12. 1970 zeigte, *moralisch* legitimieren. Zweifellos entsprang sie aber auch innenpolitischen Handlungszwängen: Die knappe Bundestagsmehrheit und die wirtschafts- und sozialpolitischen Gegensätze zwischen SPD und FDP machten die Entspannungspolitik zum wichtigsten Profilierungsfeld der ersten sozialliberalen Koalition. Dies führte nicht nur zu Friktionen mit der amerikanischen Regierung, die darin die Gefahr eines neuen deutschen Neutralismus witterte, sondern auch mit der israelischen, die aus mehreren Gründen an einer möglichst unnachgiebigen Ostpolitik des Westens interessiert war: dem Wunsch, durch amerikanischen Druck die UdSSR zu großzügigeren Ausreisegenehmigungen für sowjetische Juden zu veranlassen und von ihrer massiven Unterstützung der arabischen Staaten abzubringen; sowie der Furcht, bei einem globalen Nachlassen der Ost-West-Konfrontation die Monopolstellung auf westliche Hilfe im Nahen Osten zu verlieren. Daß die sozialliberale Regierung ihrerseits begann, die israelisch-arabischen Krisen zunehmend als Gefährdung ihrer eigenen Entspannungsbemühungen gegenüber der Sowjetunion wahrzunehmen, mußte in Tel Aviv Besorgnis wecken.

(3) Ebenfalls schon vor der Ölkrise hatte vor dem Hintergrund wachsender währungs- und handelspolitischer Spannungen mit den USA eine engere Koordination der Außenpolitik der EG-Staaten begonnen. Bereits auf der 2. Konsultationskonferenz der 1970 eingerichteten »Europäischen Politischen Zusammenarbeit« (EPZ) verständigten sich die Außenminister der Neun am 13. Mai 1971 in Paris erstmals auf eine inoffizielle nahostpolitische Plattform, die mit der Forderung nach Räumung der besetzten Gebiete, Internationalisierung Jerusalems und Erfüllung der UN-Resolution 194 (III) vom 11.12. 1948 über Rückkehr und Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge deutlich von israelischen Positionen abrückte.

Scharfe Reaktionen aus Israel und Kritik in den USA, deren Mitarbeit beim Abschluß der Ostverträge (vor allem des am 3.9. 1971 schließlich unterzeichneten Viermächteabkommens) die Regierung Brandt/Scheel damals dringend benötigte, veranlaßten die Bundesregierung zwar schon im Sommer 1971, wieder von der Pariser Plattform abzurücken. Doch bereits die »Globale Mittelmeerkonzeption«, die die Regierungschefs der EG am 19./20. Oktober 1972 beschlossen, machte deutlich, daß die EG-Staaten ihren Einfluß künftig auch im Nahen Osten stärker ausbauen wollten.

Differenzen mit Israel wurden damit unvermeidlich und traten offen zutage, als die EG-Staaten unter dem Druck der Ölkrise Ende 1973 auf spürbare Distanz zu Israel gingen und seit Frühjahr 1974 gegen erheblichen amerikanischen Widerstand begannen, einen separaten »Euro-Arabischen Dialog« zu führen, der zwischen 1975 und 1980 zu einer zunehmenden diplomatischen Aufwertung der PLO führte (Büttner/Scheffler 1982: 152 ff.). In einer Periode schwer kalkulierbarer Ölschocks, politischer

Unruhen in den Förderländern und international ausgreifender Terrorfolgen des Nahostkonflikts waren die hegemonialen Leitmarken des sozialliberalen »Modell Deutschland« – Sicherheit und soziale Wohlfahrt – ohne Kooperation mit den arabischen Staaten nicht zu gewährleisten.

Vor allem der sozialliberale Wohlfahrtsstaat wurde zunehmend von Exporten in den arabischen Raum abhängig. Unter sozialliberaler Herrschaft (1969–1982) stieg die Exportquote der Bundesrepublik von 18,8 % auf 26,7 %, während ihre Exporte in die arabischen Länder im gleichen Zeitraum um 1 383 %, von 2,32 auf 34,47 Mrd. DM, heraufschnellten und auf diese Weise den Anteil der arabischen Staaten am bundesdeutschen Export von 2 % auf 8 % steigen ließen, während z.B. der entsprechende Anteil der USA von 9 % auf 6,6 % sank. So war es kein Wunder, daß die Bundesregierung der PLO im September 1975 die Eröffnung einer »Informationsstelle Palästina« in Bonn gestattete und maßgeblich an der Nahost-Erklärung des Europäischen Rates vom 13.6. 1980 in Venedig mitwirkte, die sich zum »Selbstbestimmungsrecht« des »palästinensischen Volks« bekannte und die Bereitschaft der Neun signalisierte, sich als Garantiemacht an einer »umfassenden« Friedensregelung zu beteiligen, in die auch die PLO einbezogen werden müsse.

Daß die USA die Ölversorgung und die Absatzmärkte Westeuropas im Nahen Osten aus eigener Kraft würden stabilisieren können, schien damals mehr als zweifelhaft. Durch den Vietnamkrieg und den Watergate-Skandal moralisch, materiell und institutionell erschöpft, sank ihre internationale Interventionsbereitschaft seit 1974 zunehmend ab. Der in der *Nixon-Doktrin* vom 25.7. 1969 angedeutete Versuch, das System direkter amerikanischer Verpflichtungen in weiten Teilen der Dritten Welt durch ein System starker regionaler Stellvertreter abzulösen, hatte 1979 im Nahen Osten durch die iranische Revolution einen vernichtenden Rückschlag erlitten. Die in der *Carter-Doktrin* vom 23.1. 1980 im Gegenzug angekündigte Bereitschaft, die westlichen Interessen im Persischen Golf notfalls durch amerikanische Truppen zu schützen, wurde von Experten als kurzfristig kaum realisierbar eingeschätzt. Der Strategie, sich nun erst recht auf Israel zu stützen, standen die EG-Staaten skeptisch gegenüber, zumal die aggressive Politik, die in Israel nach dem Wahlsieg Menachem Begin im September 1977 begonnen hatte, die Region eher noch weiter zu polarisieren drohte. Demgegenüber schien der Versuch der westeuropäischen Staaten, durch umfangreiche *Waffenlieferungen* eigene Einfluß-Dispositive in den Golfstaaten aufzubauen, nicht nur kommerziell attraktiv, sondern kam auch dem Bedürfnis der Golfstaaten entgegen, die Europäer stärker in der Region zu engagieren, um sie dort als Gegengewicht zum amerikanischen und sowjetischen Einfluß zu nutzen. In der Bundesrepublik war es die sozialliberale Regierung Schmidt/Genscher, die seit 1980 umfangreiche Waffenkäufe an Saudi-Arabien politisch vorbereitete, die u.a. den neuen Kampfpanzer *Leopard 2* einschließen sollten.

Anders als die Regierungen ihrer europäischen Nachbarstaaten stieß die Regierung Schmidt bei ihrem Vorhaben jedoch 1981/82 auf unüberwindbare Widerstände in der eigenen Basis, die vor allem *zwei* moralisch-politische Konsequenzen aus der deutschen Vergangenheit geltend machten: die Verpflichtung der Bundesrepublik, sich

nicht in *Spannungsgebieten* zu engagieren und die Verpflichtung, an Gegner *Israels* keine Waffen zu liefern. Die Argumentationsketten deckten sich dabei nur teilweise: Prominente Gegner der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, wie der nachmalige SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau, fanden nichts dabei, später für militärische »Kontakte« mit *Israel* zu plädieren. Auch schienen an dieser Front ethische Argumentation und materielle Interessen auf unklare Weise vermischt. So hatte etwa – SPIEGEL-Enthüllungen vom 7. Juli 1986 zufolge – Walter Hesselbach, einer der einflussreichsten Führer der »Israel-Lobby« in der SPD und zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (eines der wichtigsten Finanziers sozialdemokratischer Wahlkämpfe), gemeinsam mit dem Schatzmeister der SPD, Alfred Nau, jahrelang fragwürdige finanzielle Transaktionen zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der israelischen Fritz-Naphtali-Stiftung vermittelt. Das moralische Pathos, mit dem – trotz oder gerade wegen solcher Inkonsistenzen – die »Verpflichtungen aus Auschwitz« damals gegen die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien und die Aufwertung der PLO mobilisiert wurden, nötigte die Regierung Schmidt, ebenfalls moralpolitisch aktiv zu werden. Der Kanzler selbst warb für eine plural-pragmatische Moralität der Politik, die er durch eine an *Kant* und *Weber* orientierte Scheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu fundieren suchte. Die polemische Alternative zwischen *Öi* oder *Moral* – so Schmidt – sei sinnlos, da jede politische Entscheidung stets unter mehreren ethischen Kriterien betrachtet werden könne (Schmidt 1981 a: 292 ff.). Auch Friedenssicherung und Vollbeschäftigung seien moralisch gerechtfertigte Ziele. Und im Nahostkonflikt könne man nicht »der einen Seite alle Moral zuerkennen und der anderen Seite die Achseln zucken«. Wer das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen reklamieren, könne das der Palästinenser nicht negieren, ohne unglaubwürdig zu werden (Schmidt 1981 b: 343 ff., 346).

Diese und ähnliche Bemerkungen im Umfeld eines Staatsbesuchs in Saudi-Arabien veranlaßten jedoch den israelischen Ministerpräsidenten Begin, Schmidt am 3. Mai 1981 persönlich in die Nähe nationalsozialistischer Kriegs- und Justizverbrechen zu rücken und entfesselten damit die aggressivste Polemik⁶ zum Verhältnis von NS-Vergangenheit, deutscher »Kollektivschuld« und aktueller Politik, die die Bundesrepublik bis dahin erlebt hatte.

Kaum eine Debatte dürfte der Glaubwürdigkeit geschichtsmoralischer Argumente in der Bundesrepublik mehr geschadet haben als diese. Begins Motive – die bevorstehenden Wahlen in Israel – waren durchsichtigster Art, seine Andeutungen über Schmidts dunkle Vergangenheit blieben unbewiesen. Daß die pathetische Kontroverse schon nach wenigen Wochen still beigelegt werden konnte, bewies, daß es dabei weniger um Grundsatzfragen gegangen war, als um die dramatische Inszenierung profaner tagespolitischer Interessen. Mit wachsendem zeitlichen Abstand zum NS-System, so konnte man daraus leicht absehen, würde die gegenwartsbezogene Beschwörung seiner Verbrechen zur dramaturgischen Dispositionsmasse beliebiger Meinungsverschiedenheiten inflationieren und folglich mit hoher Wahrscheinlichkeit (und schwer kalkulierbaren Folgen) massiv zunehmen. Die rechtslastige Solida-

ritätswelle, die in der Bundesrepublik 1981 spontan für den angegriffenen Kanzler anrollte, mußte schon damals Besorgnis erregen (Wetzlar 1983: 7 f.). Daß der saarländische SPD-Vorsitzende Lafontaine im Jahr darauf seinem Parteigenossen Schmidt leichthin »Sekundärtugenden« attestierte, mit denen man auch ein *Konzentrationslager* führen könne (STERN 15.7. 1982), deutete die ungeahnten Expansionsmöglichkeiten des Problems an.

»Normalisierung« und »Gnade der späten Geburt«

Die Unionsparteien, die nach dem Zerfall der sozialliberalen Koalition am 1. Oktober 1982 die Regierung übernahmen, konnten sich durch diese Entwicklung nur ermutigt fühlen, die angestrebte konservative »Wende« in der Bundesrepublik endlich vom Ballast einer »kriminalisierten Geschichte« (F.J. Strauß) zu befreien. *Ihre* Versuche, politische Gegner mit den Schrecken des Nationalsozialismus zu assoziieren, waren bekanntlich erheblich weniger erfolgreich gewesen als die der »Linken«. In der Zielsetzung, die Golfstaaten mit Waffen zu beliefern und eine aktivere Rolle der Bundesrepublik im Nahen Osten anzustreben, stand die Regierung Kohl ohnedies in der *Kontinuität* der Regierung Schmidt. Leichter als diese konnte sie aber den Ruf nach »Normalisierung« und »Versachlichung« der deutsch-israelischen Beziehungen erheben.

Schlüsselargument war dabei der *Generationswechsel*. Daß »über 60 Prozent der heute in der Bundesrepublik lebenden Deutschen ... nach Hitler geboren und aufgewachsen« seien, wurde von Helmut Kohl am 25.1. 1984 vor der Knesseth offensiv zur »Gnade der späten Geburt« überhöht (AA 1987, 140-141). Was das *außenpolitisch* bedeuten sollte, hatte der CDU-Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, schon am 8.11. 1982 vor der VI. Deutsch-Israelischen Konferenz in Rhöndorf signalisiert: Immer größer werde »die Zahl der Deutschen durchaus respektabler Gesinnung«, die in Israel nicht nur die Heimstatt der Überlebenden des Holocaust sähen, sondern auch »die schlagkräftigste Militärmacht des Nahen und Mittleren Ostens, die es sich gefallen lassen muß, an normalen zwischenstaatlichen und völkerrechtlichen Maßstäben gemessen zu werden« (AA 1987: 124).

Die *innenpolitische* Seite der »Normalisierung« umriß Franz Josef Strauß anlässlich des Besuchs des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog 1987 in einem drastischen Leitartikel, der die – aus seiner Sicht verhängnisvolle – Blockierung der Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien mit der Forderung beantwortete, die deutsche Geschichte zu entkriminalisieren, um selbstbewußter Außenpolitik treiben zu können. Die »Scham über die Verbrechen, die eine Unrechtsherrschaft in deutschem Namen verübt hat«, dürfe – so Strauß – »nicht zu einem alles hemmenden Zweifel und einer moralischen Selbstlähmung führen.« Der »Bruch im deutschen Geschichtsbewußtsein« drohe, »das Selbstverständnis und das Selbstbewußtsein auch ganz Europas zu lähmen. ... Kein Volk kann auf Dauer mit einer kriminalisierten (!) Geschichte leben« (Strauß 1987).

Linke, Juden, Palästinenser

Die Furcht vor Argumenten dieser Art mag dazu beigetragen haben, daß die Israelkritik in der bundesdeutschen Linken seit Ende der 70er Jahre erheblich abnahm, obwohl – oder gerade weil – die konkrete Politik Israels weitaus mehr zur Kritik herausforderte als Ende der 60er Jahre. Mehrere Faktoren hatten diese Entwicklung vorbereitet: der politische Niedergang der K-Gruppen, die in der Bundesrepublik die wichtigsten Wortführer einer »antiimperialistischen« Grundsatzkritik an Israel gewesen waren; die umstrittene Verbindung deutscher und palästinensischer Terrorgruppen, wie sie in den Flugzeugentführungen von Entebbe (1976) und Mogadischu (1977) sichtbar wurde; die geringen Erfolge und inneren Streitigkeiten der PLO; eine allgemeine Desillusionierung über den »progressiven« Charakter der arabischen Staaten und der iranischen Revolution.

Entscheidend war jedoch paradoxerweise die außerordentliche Brutalität der israelischen Kriegführung im Libanon 1982, die in den Massakern von Sabra und Shatila einen tragischen Höhepunkt fand. Vergleiche mit der nationalsozialistischen »Endlösung«, die damals unter dem Stichwort »umgekehrter Holocaust« vor allem in Kommentaren und Leserbriefen der TAZ⁷ gezogen wurden, lösten bei vielen linken Intellektuellen ein derart tiefes Erschrecken aus, daß die Auseinandersetzung mit dem israelischen Vorgehen alsbald hinter einer anhaltenden, publizitätswirksamen Diskussion über »Linke und Antisemitismus«, »Deutsche und Juden«, etc. zurückblieb⁸. Linke Israel-Kritik sah sich von nun an auch innerhalb der Linken unter massiven »Antisemitismus«-Verdacht gestellt oder als konstitutives Element eines »neuen Nationalismus« stigmatisiert, der es den Deutschen erlauben solle, auf Kosten der Juden wieder in ihre pathologische Identität der »verfolgenden Unschuld« zurückzufinden (Geisel 1984: 20 ff., 26, 32).

Ein moralischer Zwiespalt innerhalb der Linken war damit deutlich markiert: Die Furcht, mit einer Kritik an Israel der »geistigen Wende« des Konservatismus, gar einem Aufleben des Antisemitismus oder konservativen Formen des Nationalismus zuzuarbeiten, dämpfte die Bereitschaft, sich gegen eine erschreckende Steigerung von Menschenrechtsverletzungen Israels gegenüber den *Palästinensern* zu engagieren. Doch *diese* Konsequenz produziert selbst die typischen Antinomien einer Doppelmoral: Rechtfertigt es die Erinnerung an Auschwitz, zur Tragödie der Palästinenser zu schweigen? Kann man dem Heraufdämmern eines wilden nationalistischen »Macht«denkens widerstehen, wenn man Menschenrechtsverletzungen mit zweierlei Maß mißt? Viele dieser Diskussionen könnten an Klarheit gewinnen, wenn die realen Funktionen moralischer Argumente in den deutsch-israelischen Beziehungen schärfer markiert würden.

Funktionswandel und Ambivalenzen der Doppelmoral

Die deutsch-israelischen Beziehungen sind zuerst durch eine tiefe Ambivalenz gekennzeichnet: Auf der *einen* Seite sind sie ein Seismograph deutscher Vergangenheitsbewältigung. Das ihnen eigentümliche, einzigartige, moralische Pathos verweist auf die Brüche und Verdrängungen der tatsächlichen Faschismusbewältigung. Von daher ist das Verhältnis zu Israel Knotenpunkt gegenstrebigter moralischer Diskurse und innenpolitische Waffe zugleich geworden: Alibi für mangelnde Faschismusbewältigung; Protestinstanz, um diese einzuklagen.

Auf der *anderen* Seite wurden und werden im Rahmen dieser Beziehungen beiderseits nationalegoistische Realinteressen verfolgt, die der moralischen Verklärung gerade deswegen bedurften, weil sie politisch und ethisch kontrovers waren. Die bundesdeutsche Israelpolitik war größtenteils *Amerika-* oder *Westpolitik*, während Israel die Beziehungen in erster Linie aus finanziellen, wirtschaftspolitischen und militärischen Gründen pflegte.

Diese Realfunktionen sind heute so weit erfüllt, daß sie der moralischen »Verstärkung« kaum noch bedürfen. De facto gehört Israel heute dem gleichen Militärbündnis an wie die Bundesrepublik: Ein amerikanisch-israelisches »Memorandum of Agreement« integrierte es 1979 in die amerikanische Rüstungsplanung; ein »Memorandum of Understanding« machte es 1986, gleichberechtigt mit der Bundesrepublik und Großbritannien, zum technologischen Partner des SDI-Projekts; ein weiteres »Memorandum of Understanding« zwischen den Verteidigungsministern Rabin und Carlucci wertete Israel im Dezember 1987 offiziell zum »non-NATO ally« auf und wurde am 21. April 1988 in einem »Memorandum of Agreement« zu einer umfassenden vertraglichen Zusammenarbeit auf technologischem, militärischem, wirtschaftlichem, politischem und geheimdienstlichem Gebiet ausgeweitet (Neff 1988, Gold 1988). Sollte das kostspielige amerikanische Militärdispositiv am Persischen Golf nach einer Beilegung des Afghanistan-Konflikts und des Golfkriegs reduziert werden, dürfte die Bedeutung Israels für die NATO noch zunehmen (Gold 1988). Die offenbar nie unterbrochene militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel (Feldman 1984: 136 ff.) ist unter der Regierung Kohl noch intensiviert worden und bezieht inzwischen sogar den Bau von U-Booten für Israel ein. Kaum zufällig hat das israelische Verteidigungsministerium den Hauptsitz seiner Einkaufsmission in Europa kürzlich von Paris nach Bonn verlegt (TAZ, 28.7. 1988). Die zunehmende deutsch-israelisch-amerikanische Zusammenarbeit im aktuellen Bereich »anti-taktischer« Kurzstrecken-Raketen wird inzwischen kaum noch verheimlicht (Jerusalem Post, 16.10. 1988).

Moralische Argumente sind im Rahmen dieser »Versachlichung« der deutsch-israelischen Beziehungen heute auf zwei Residualfunktionen abgedrängt. Sie dienen *erstens* – wie die Nahost-Debatte des Deutschen Bundestags am 11. März 1988 zeigte – dazu, einer wirksamen Kritik der israelischen *Palästinenserpolitik* unter Verweis auf die deutsche Geschichte auszuweichen, und sie werden *zweitens* als nützliche taktische Druckmittel benutzt, um wirtschaftliche und militärische Verteilungskon-

flikte innerhalb der längst etablierten amerikanisch-europäisch-israelischen Interessengemeinschaft auszuhandeln. Wenn israelische Politiker z.B. bei deutschen Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien »Auschwitz« beschwören, und Kritiker deutscher Rüstungsexporte sich diesem Argument anschließen, so vergessen sie, daß Israel längst selbst eine Drehscheibe des amerikanisch-europäischen Waffenhandels im Orient geworden ist: Durch seine massiven Waffenlieferungen an den Iran (Beit-Hallahmi 1988: 22 ff.), und seine Verwicklung in die Iran-Contra Affäre trug es dazu bei, den Golfkrieg zu verlängern. Als Exporteur modernster amerikanischer Rüstungstechnologie in die Volksrepublik China, die auf deren Grundlage wiederum Saudi-Arabien, Irak, Iran, Ägypten und Afghanistan beliefert (Neff 1988), rüstet es indirekt die gesamte Region auf.

Auch der Mißbrauch moralischer Argumente kann allerdings deren »Wahrheit« nicht erledigen. Er diskreditiert zuerst diejenigen, die sie verwenden und steigert dadurch die politischen Folgekosten ihres Tuns.

In einer Zeit, in der von der CDU bis zur Alternativszene nahezu alle hegemonialen Zukunftsentwürfe um »Deregulierung«, »Dezentralisierung« und »Selbstverantwortung« kreisen, kommt den moralischen Steuerungsdispositiven einer Gesellschaft notwendig zunehmende Bedeutung zu. Der Kampf um die Verwendbarkeit und Eindeutigkeit moralischer Maßstäbe wird dadurch zu einem zentralen Feld hegemonialer Auseinandersetzungen.

Die einfachste und eindeutigste moralische Konsequenz aus der nationalsozialistischen Erblast der Bundesrepublik wäre dabei wohl, Menschenrechtsverletzungen zu markieren, wo immer sie geschehen und wer immer sie begeht.

Anmerkungen

- 1 Zu diesem und den vier folgenden Teilabschnitten vgl. demnächst ausführlicher meine in Vorbereitung befindliche Studie »Die deutsche Sozialdemokratie und der Vordere Orient, 1945-1967«.
- 2 Daß die israelische Regierung sich 1951 gegen heftigen innenpolitischen Widerstand zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik entschloß, war vor allem ihrer verzweifelten wirtschaftlichen Lage sowie der Furcht geschuldet, die Bundesrepublik werde nach Erhalt ihrer vollen Souveränität zu wesentlich weniger Zugeständnissen bereit sein: In den späteren Worten eines der damals beteiligten israelischen Diplomaten: »Germany, in 1952, was financially strong but still politically insecure and anxious to improve her image. Two years earlier we would have had to settle for a much smaller sum. Two years later we would have encountered a much more arrogant and self-confident Germany.« (Chaim Yahil an M. Brecher, 1972, zit. in: Brecher 1974: 96)
- 3 Das am 10. September 1952 in Luxemburg unterzeichnete und am 18. März 1953 vom Deutschen Bundestag ratifizierte Vertragswerk bestand aus drei Einzelverträgen, die die Bundesrepublik teils mit dem Staat Israel, teils mit der »Conference on Jewish Material Claims Against Germany«, einer weltweiten Dachorganisation 23 jüdischer Interessenverbände, abschloß: einem »Abkommen« mit dem Staat Israel, das diesem eine »Globalentschädigung« (global recompense) in Höhe von 3 Mrd. DM zusicherte; einem »Protokoll Nr. 1«, das die Bundesrepublik gegenüber der Claims Conference zum Ausbau der Wiedergutmachungsgesetzgebung verpflichtete; und einem »Protokoll Nr. 2«, das der Claims Conference 450 Mio. DM zur Unterstützung jüdischer NS-Opfer außerhalb Israels zusagte. Die israelische Regierung ratifizierte das Abkommen am 22.3. 1953. Mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden am 27.3. 1953 in New York trat es in Kraft.

- 4 Kritisch zur »Imperialismus«-These schon damals: Kadritzke 1969: 9 ff. Differenzierter zu den funktionalen Aspekten der israelisch-amerikanischen Beziehungen jetzt: Beit-Hallahmi 1988: 222 ff.
- 5 Die häufig vertretene Ansicht, die amerikanische Nahostpolitik werde von der »jüdischen Lobby« bestimmt, unterschätzt sowohl die fundamental pro-israelische Einstellung breiter christlicher Strömungen in den USA, als auch den Entscheidungsspielraum amerikanischer Regierungen. Tatsächlich übt die Lobby im Kongreß, den Medien und den Partei»maschinen« beträchtlichen Einfluß aus. Doch besteht ihre Macht eher darin, Entscheidungen der Regierung modifizieren, beschleunigen oder verzögern zu können, kaum aber, sie originär hervorzurufen. (Glick 1982: 95 ff; Spiegel 1985: 386 ff.). Übertriebene Vorstellungen vom Einfluß der Lobby werden aus durchsichtigen Gründen sowohl von der Lobby als auch von ihren Gegnern gepflegt. Während die Führer der Lobby mit renommierten Hinweisen auf ihre Stärke Anhänger werben und mögliche Opponenten einschüchtern, dienen die gleichen Hinweise Antisemiten zur Bestätigung ihres Weltbilds und US-Diplomaten als bequemes Alibi, um die pro-israelische Strategie ihrer Regierung bei arabischen Gesprächspartnern besser entschuldigen zu können.
- 6 Für eine ausführliche Darstellung der israelischen Vorwürfe vgl. Orland 1984, 43-60.
- 7 Eine Dokumentation der entsprechenden Beiträge der TAZ jetzt in Gerlach 1988, 27-36
- 8 Vgl. vor allem Wetzel (Hrsg.) 1983; Geisel 1984; Schneider/Simon (Hrsg.) 1984; den Heftschwerpunkt »Deutsche, Linke, Juden« in: *Ästhetik und Kommunikation*, Nr. 51 (Juni 1983) und die anschließende Diskussion in ebd., Nr. 52 (Sept. 1983), Nr. 53/54 (Dez. 1983); ferner die *Pflasterstrand-Sondernummer* »Palästina« (Sept. 1982) und das »Nahost-Special« ebd., Nr. 207 (April 1985).

Literatur

- AA (1987): Auswärtiges Amt (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und der Nahe Osten*. Dokumentation. Bonn
- Adenauer, Konrad (1949): Erklärung der Bundesregierung. In: *Deutscher Bundestag*. Sten.Ber., I. Wahlperiode, 5. Sitzung, 20.9. 1949, S. 22-30
- Adenauer, Konrad (1967): *Erinnerungen 1955-1959*. Stuttgart
- Adenauer, Konrad (1975): *Reden 1917-1967. Eine Auswahl*. Hrsg. v. Hans-Peter Schwarz. Stuttgart
- Adenauer, Konrad (1985): *Adenauer. Teegespräche 1950-1954*. Bearb. v. Hanns Jürgen Küsters. Berlin
- Adenauer, Konrad (1986): *Adenauer: »Es mußte alles neu gemacht werden.« Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953*. Bearb. v. Günter Buchstab. Stuttgart
- Baring, Arnulf (1974): *Sehr verehrt Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964*. Hamburg
- Beit-Hallahmi, Benjamin (1988): *Schmutzige Allianzen. Die geheimen Geschäfte Israels (1987)*. München
- Brecher, Michael (1974): *Decisions in Israel's Foreign Policy*. London usw.
- Büttner, Friedemann/Scheffler, Thomas (1982): Die Nahost-Politik der sozial-liberalen Koalition. In: Reiner Steinweg (Red.), *Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt*. Frankfurt/M., S. 139-175
- Crosbie, Sylvia K. (1974): *A Tacit Alliance. France and Israel from Suez to the Six Day War*. Princeton
- Féaux de la Croix, Ernst (1985): Internationalrechtliche Grundlagen der Wiedergutmachung. In: *Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland*, Bd. III. München, S. 119-200
- Feldman, Lily Gardner (1984): *The Special Relationship Between West Germany and Israel*. Boston usw.
- Geisel, Eike (1984): *Lastenausgleich, Umschuldung. Die Wiedergutmachung der Deutschen*. Berlin
- Gerlach, Bodo (Bearb.) (1988): *Palästina (= BRD und Dritte Welt, Bd.4)*. Kiel, 2. überarb. Aufl.
- Glick, Edward Bernard (1982): *The Triangular Connection: America, Israel, and American Jews*. London usw.
- Gold, Dore (1988): U.S.-Israeli Strategic Relations: A Look to the Future. In: *Jerusalem Post*, 18.3. 1988, S. 11
- Grossmann, Kurt R. (1967): *Die Ehrenschild. Kurzgeschichte der Wiedergutmachung*. Frankfurt/M. usw.

- Jaspers, Karl (1988): *Wohin treibt die Bundesrepublik?* (1966) München
 von Jena, Kai (1986): Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 34:4, S. 457-480
 JÖM (1956): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung*, Bd. I: 1947-1955. Allensbach am Bodensee
 Kadritzke, Niels (1969): Die Deutsche Linke und der Nahost-Konflikt – Solidarität mit wem? In: *DISkussion*, Nr. 27, S. 9-13
 Meinhof, Ulrike (1967): Drei Freunde Israels. In: *Konkret*, Nr. 7, S. 2-3
 Müller, Peter (1966): Wozu überhaupt noch Deutsch-Israelische Studiengruppen? In: *DISkussion*, Nr. 18, S. 6-9
 Neff, Donald (1987): The Beginnings of U.S. Strategic Cooperation with Israel. In: *American-Arab Affairs*, Nr. 21, S. 64-86
 Neff, Donald (1988): Israel Recycles US Arms Technology. In: *Middle East International*, 30.4. 1988, S. 18-19
 Orland, Nachum (1984): *Das Deutschlandbild der israelischen Presse*. Frankfurt/M.
 Schmidt, Helmut (1981 a): Bemerkungen zu Moral, Pflicht und Verantwortung des Politikers (12.3. 1981). In: *Die Neue Gesellschaft*, 28:4, S. 292-302
 Schmidt, Helmut (1981 b): Zum Stand der deutsch-arabischen Beziehungen. Fernsehdiskussion mit dem Bundeskanzler (30.4. 1981). In: *Bulletin. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, Nr. 40, 6.5. 1981, S. 341-347
 Schneider, Karlheinz/Simon, Nikolaus (Hrsg.) (1984): *Solidarität und Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik*. Berlin, DIAK-Schriften, Bd. 9
 Schumacher, Kurt (1985): *Kurt Schumacher. Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945-1952*. Hrsg. v. Willy Albrecht. Berlin, Bonn
 Seelbach, Jörg (1970): *Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel als Problem der deutschen Politik seit 1955*. Meisenheim am Glan
 Simonsohn, Berthold (1967): Der Nahost-Konflikt und die Verwirrung der Linken. In: *DISkussion*, Nr. 23, S. 9-14
 Snetsinger, John (1974): *Truman, the Jewish Vote, and the Creation of Israel*. Stanford, CA
 Spiegel, Steven L. (1985): *The Other Arab-Israeli Conflict. Making America's Middle East Policy, from Truman to Reagan*. Chicago, London
 Strauß, Franz Josef (1987): Zum Besuch Chaim Herzogs. In: *Bayernkurier*, 11.4. 1987, S. 1
 Wetzels, Dietrich (1983): »Die Verlängerung von Geschichte«. Anstatt einer Einleitung. In: *Wetzels (Hrsg.)* 1983, 7-14
 Wetzels, Dietrich (Hrsg.) (1983): *Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-konflikt*. Frankfurt/M.
 Wolffsohn, Michael (1988): *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München
 Wever, Heinz (1968): Solidarität und Kritik. In: *Diskussion*, Nr. 24, S. 1-2

Falco Werkentin Der Staat, der Staat ist in Gefahr... Kontinuität und Formwandel innerer Rüstung in der Bundesrepublik

Zusammenfassung: Seit Gründung der Bundesrepublik gibt es eine große Koalition aus CDU/CSU, FDP und SPD, die aus Angst vor inneren Unruhen die staatlichen Repressions- und Machtapparate beständig ausbaut. Gewandelt haben sich die Bezugspunkte des »inneren Rüstungswahns«: Die neue Republik war in den ersten Jahren aus Sicht der Experten der »inneren Sicherheit« aller im Bundestag vertretenen Parteien insbesondere durch potentielle Arbeiterrevolten bedroht. Dieses klare Feindbild zerfiel mit der nahezu konfliktlosen Integration der Arbeiterklasse in die bundesrepublikanische Gesellschaft. An die Stelle der »revolutionären Arbeiter« tritt die eher diffuse Bewegung der Neuen Linken. Doch trotz neuester Informationstechnologien ist es der Polizei bisher nicht gelungen, die neuen sozialen Bewegungen oder Gruppen ohne feste Ideologien und organisatorische Strukturen zu begreifen. Dennoch ist die Macht der Polizei seit der durch die sozialliberale Koalition eingeleiteten Modernisierung der Sicherheitsapparate gewachsen. Eine »Wende« findet 1982 auf der Ebene der »inneren Sicherheitswahrung« nicht statt.

»Die Existenz eines Staates ist wichtiger als die Art und Weise, wie dieser Staat diese Existenz zu wahren sucht.« (Dr. Kopf, CDU, im Bundestag am 1.6.1950)

Eine Leerstelle im Wissenschaftsbetrieb

»Die Geschichte der Republik ist untrennbar mit der Geschichte der Polizei verbunden«, formulierte zu Recht 1929 der preußische Innenminister Carl Severing für die Weimarer Republik (Severing 1929). Daß auch die Geschichte der Bundesrepublik sich konzentriert in der Entwicklung der Polizei ausdrückt, versucht die folgende Skizze des nunmehr 40jährigen kontinuierlichen Prozesses innerer Rüstung zu zeigen, denn ein »Jahrzehnt innerer Sicherheit« gab es nicht erst in den siebziger Jahren. Kaum hatten die alliierten Armeen die Tore der Zuchthäuser und Konzentrationslager geöffnet, kaum hatten sich die Rauchschwaden über den zerbombten Städten verzogen, bemühten sich Nachkriegspolitiker aller großen Parteien darum, die sich neu formierende und restaurierende politische und soziale Ordnung in den Westzonen mit möglichst starken und gewaltbewehrten innenpolitischen Machtmitteln abzusichern – bis 1949/50 darin deutlich gebremst durch die westlichen Besatzungsmächte. Jene große Koalition der Angst vor inneren Unruhen, vor Krisen und Chaos zwischen SPD, FDP und CDU/CSU, die bis in die Gegenwart erkennbar wirkungsmächtig ist – bläst